

Aktivitäten der Fachausschüsse des vlbs

(hk) Bei der Hauptausschuss-Sitzung in Mainz gaben einige der Vorsitzenden der Fachausschüsse und der Vorsitzende des vkr eine kurze Rückmeldung zu ihren Aktivitäten.

Christian Schulte, Vorsitzender des vkr, kritisierte den hohen Unterrichtsausfall im Fach katholische Religion.

Er bat darum, dieses Problem auf allen Ebenen zu kommunizieren und daran mitzuwirken, dass der Unterrichtsausfall reduziert werden kann.



„Unsere oft jugendlichen Schülerinnen und Schüler bedürfen der Zeiten, um sich mit ihren existentiellen Fragen, auch der Frage, ob Gott existiert oder nicht, während der Schul- und Ausbildungszeit auseinander setzen zu können. Dafür müssen wir uns alle einsetzen. Das schulden wir Ihnen.“, sagte Christian Schulte bei seiner Präsentation.

Um den Ausfall im Fach katholische Religion konsequent abzubauen, fordert der vkr, dass die Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren und die Angebote, das Fach katholische Religion gemeinsam mit einem beruflichen Fach zu studieren, ausgeweitet werden müssten.

Zu den Aktivitäten des vkr verwies Christian Schulte auf die Fachzeitschrift „rabs – Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen“ und die Unterstützung des vkr für die Fachkonfe-

renzen an den Schulen bei der Umsetzung des neuen Lehrplans. Zudem setzte sich der vkr dafür ein, dass der katholische Religionsunterricht weiterhin wertgeschätzt werde sowohl beim Ministerium als auch bei den Kammern und den Bistümern.

Zuletzt verwies Christian Schulte darauf, dass der vkr im Jahr des nächsten Berufsschultages 2016 sein 50-jähriges Bestehen feiern könne. Dazu sei eine Jubiläumsveranstaltung im Kardinal-Schulte-Haus in Bensberg geplant.

Jürgen Dahm vom OV Trier, Ausschuss allgemein bildende Fächer,



plant für den Herbst eine Fortbildungsveranstaltung zur Einführung der Bildungsstandards

für die Fächer Englisch, Französisch, Deutsch und Mathematik im Bereich der Sekundarstufe II.

Die Bildungsstandards bilden die Basis für die Abiturprüfungsaufgaben an den beruflichen wie allgemeinen Gymnasien. Derzeit passen die Lehrplankommissionen die Lehrpläne an die bundesweiten Standards an.

Nach den Sommerferien erhalten die Schulen die überarbeiteten Lehrpläne. Neu ist, dass ein Teil der Abiturprüfungsaufgaben aus einem zentralen bundesweiten Aufgabenpool ausgewählt wird. Konsequenterweise werden dann die Abiturprüfungen an

den rheinland-pfälzischen beruflichen Gymnasien zum selben Termin stattfinden.

Rainer Menges vom OV Westerbürg, Ausschuss Fachpraxislehrkräfte,



berichtete, dass der Ausschuss vor allem die Anträge an die letzte Delegiertenversammlung präzisiert habe.

Darüber hinaus hatte sich der Ausschuss hauptsächlich mit den Aufstiegsmöglichkeiten zur Fachlehrerin / zum Fachlehrer mit beratenden Aufgaben beschäftigt.

Durch die zurückgehende Zahl der Lehrkräfte für Fachpraxis und die hohe Zahl der noch besetzten Positionen sind die Möglichkeiten hier momentan sehr beschränkt.

In dieser Ausgabe:

Aktivitäten der Fachausschüsse des vlbs
Titelseite bis Seite 51

vlbs-Beitragssätze ab 01.12.2014
Versicherungsrechtliche Voraussetzungen für Schulveranstaltungen Seite 51

Mitteilungen des MBWWK zum Schuljahresbeginn Seite 52

IN KÜRZE
OECD-Bildungsbericht: „Bildung auf einen Blick“ Seite 53

Nationaler Bildungsbericht kritisiert
Ausbildungspolitik der Unternehmen
Bilanz gezogen: Was hat die Kompetenzorientierung gebracht? Seite 54

Willi Detemple, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates, hatte hier durch wiederholte Anfragen für eine Klärung der Situation gesorgt.

Robert Arckel vom OV Trier, Ausschuss Sozialwesen, kritisierte die



hohe Belastung der Kolleginnen und Kollegen im Bereich Sozialwesen. Die Klassen seien übertoll und die pädagogischen Anforderungen stiegen, um die Qualität der Ausbildung beizubehalten. Zudem sei nicht zu erkennen, dass das Ministerium die Bildung kleinerer Klassen unterstützen wolle.

Die geplanten PauSE-Faktoren (Pauschalierte Sollstundenermittlung: Faktor mal Schülerzahl ergibt Lehrerwochenstunden) seien dazu zu niedrig angesetzt. Der Fachausschuss werde diesbezüglich im Schuljahr 2014 / 2015 aktiv werden und plane z.B. eine Umfrage zur Belastung der Kolleginnen und Kollegen und zum Thema Ausbildungsqualität im Bereich Sozialwesen.

Bezüglich der Ausbildungssituation muss seiner Meinung nach, so Robert Arckel, die Vollzeitausbildung bei den Erzieherinnen und Erziehern die Standardausbildungsform bleiben. Die Evaluation des Schulversuches in der Teilzeitausbildung solle Ende nächsten Jahres erfolgen, der Ausschuss werde sich dann kritisch damit auseinandersetzen.

Im Bereich der Altenpflege würden Schülerinnen und Schüler gesucht, denn das Angebot an Ausbildungsplätzen sei um 10 % erhöht worden. Allerdings herrsche im Bereich Altenpflege noch ein erheblicher Lehrkräftemangel, weshalb eine deutliche Erhöhung der Ausbildungszahlen in diesem Ausbildungsberuf nicht erfolgen könne, obwohl jetzt schon zukünftige Pflegetandards erkennbar seien.

Bezüglich der recht großen Zahl an sogenannten „Nichtschülerprüfungen“ forderte Robert Arckel einen zeitlichen Ausgleich für die beteiligten Kolleginnen und Kollegen. Der finanzielle Ausgleich für diese Prüfungen werde dem Aufwand nicht gerecht, kritisierte er.

Robert Arckel ergänzte noch, dass er gemeinsam mit Lilian Schwarzweller und Harry Wunschel am Thema „Inklusion“ arbeite, um auch hier von Seiten des vlbs einen Forderungskatalog an bestimmten Ausstattungsstandards zu entwickeln. Es könne nicht sein, dass alle Schulformen außer den BBS mit zusätzlichen Lehrstellen ausgestattet werden, um dem Inklusionsgedanken Rechnung zu tragen, und die Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen sollen die neuen Herausforderungen und Anforderungen ohne zusätzliche Unterstützung leisten.

Außerdem stehe hier auch die Frage im Raum, ob ein neuer Ausschuss gegründet werden solle oder ob dies vom Fachausschuss Sozialwesen mit betreut werden könnte.

Hedda Neubrech vom OV Mainz, Ausschuss Berufsvorbereitungsjahr,



berichtete, dass sie ebenfalls in der Arbeitsgruppe „Inklusion“ mitarbeiten werde. Ansonsten habe die Arbeit im Ausschuss ruhen müssen.

Felizitas Drabinski vom OV Rockenhausen, Ausschuss Hauswirtschaft,



berichtete, dass der Ausschuss regelmäßig bei den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft vertreten gewesen sei.

Außerdem sei in mühsamer Arbeit ein Katalog mit Prüfungsfragen für Hauswirtschaftsmeisterinnen erstellt worden, deren Ausbildung in Koblenz und Rockenhausen erfolge.

Zudem befasse sich der Ausschuss mit der Gestaltung der Module im Bereich der Hauswirtschaft. Diskutiert worden sei darüber hinaus, wie sich das zweite Halbjahr in der neu geordneten Berufsfachschule I gestalten werde, wenn zahlreiche Schülerinnen und Schüler keinen Praktikumsplatz finden könnten oder wollten. Hier hätte ein enger Austausch mit der BBS Neustadt stattgefunden, die eine der Pilotschulen für die Neugestaltung der BF I sei.

Kyra Koschinat vom OV Neuwied, Ausschuss Junge Lehrerinnen und Lehrer, berichtete von ihrer Teilnahme an



Veranstaltungen des BLBS zum Thema Persönlichkeitsstrategien. Sie kündigte an, dass der Leitfaden für Referendarinnen und Referendare demnächst überarbeitet werde, da u.a. die neue Referendarbildung (Vorbereitungsdienst 18) aufgenommen und erläutert werde.

Sylke Grüll vom OV Mainz, Ausschuss Lehrerbildung, wurde von



Rafael Oho, ihrem Ortsverbandsvorsitzenden, vertreten, da sie verhindert war.

Der Ausschuss hatte sich vor allem mit dem Einsatz von neuen Medien, dem Einsatz von Handys und Smartphones im Unterricht, mit Lerntagebüchern und der Lernplattform Moodle beschäftigt.

Es ist eine Umfrage auf der Homepage des vlbs geplant, inwieweit zu diesen Themen ein Fortbildungsbedarf besteht.

Sylke Grüll und ihr Ausschuss wollen dann entsprechende Fortbildungsveranstaltungen anbieten.

Stefan Krob vom OV Worms, Ausschuss Lehrerfort- und Weiterbildung, hat den Vorsitz dieses Ausschusses



beim letzten Berufsschultag von Erich Peetz übernommen. Aufgabe seines Ausschusses ist es vor allem, Vorschläge und Anregungen

für die Arbeitskreise an den Berufsschultagen des vlbs zu sammeln, gegebenenfalls zu initiieren und zu koordinieren. Er teilte mit, dass er mit der Planung des Berufsschultages 2016 in Mainz demnächst starten werde.

Stefan Bickelmann vom OV Bad Kreuznach, Ausschuss Neue Technologien, berichtete, dass sich der Ausschuss vorrangig um die Gestaltung der Homepage des vlbs kümmere.

Die Homepage bietet aktuelle Nachrichten und z.B. jeweils zum Start eines Monats die aktuelle Ausgabe von vlbs-aktuell. Stefan Bickelmann bat nachdrücklich darum, junge Kolleginnen und Kollegen anzusprechen, die sich vorstellen könnten, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Der Ausschuss sei zudem sehr offen für Anmerkungen, Anregungen und Korrekturvorschläge zu allem, was die Webseite betrifft.



Lilian Schwarzweiler vom OV Mainz, Ausschuss Schulpolitik, ist seit April 2013 Mitglied im Bundesvorstand des BLBS. Sie hat deswegen den Vorsitz niedergelegt. Der Vorsitz im Ausschuss Schulpolitik ist mit einem Team, **Willi Adam**, OV Simmern, und **Simon Lauterbach**, OV Bad Kreuznach, neu besetzt.

vlbs-Beitragsätze ab 01.12.2014

(Joachim Petry) Der sozial gestaffelte Beitragssatz ergibt sich satzungsgemäß aufgrund der Besoldungstabelle. Auf die Angleichung laut Sat-

zung war **seit 2002** verzichtet worden. Sie ist nun unausweichlich geworden. Der Hauptausschuss 2014 hat dies ab 01.12.2014 gebilligt.

Besoldungsgruppe	Grundgehalt 8. Stufe	0,4 % monatlicher Satz
A 9 / E9 Stufe 2	2790,38 Euro	11,16 Euro
A 10 / E10 Stufe 2	3068,81 Euro	12,28 Euro
A 11 / E11 Stufe 2-3	3362,49 Euro	13,45 Euro
A 12 / E12 Stufe 2-3	3681,74 Euro	14,73 Euro
A 13 / E13 Stufe 3-4	4106,50 Euro	16,43 Euro
A 14 / E14 Stufe 3-4	4466,36 Euro	17,87 Euro
A 15 / E15 Stufe 3-4	4938,06 Euro	19,75 Euro
A16 / E15Ü Stufe 2	5471,11 Euro	21,88 Euro

Lehrkräfte mit reduzierter Stundenzahl zahlen den entsprechenden anteiligen Beitragssatz.

Lehrerinnen und Lehrer in der Ausbildung und Studentinnen und Studenten zahlen monatlich 3,00 Euro.

Ehrenmitglieder sind von der Beitragszahlung befreit.

Lehrkräfte in Altersteilzeit zahlen 80 % entsprechend ihrer Stundenzahl (Block- bzw. Teilzeitmodell).

Ebenso wird der Beitrag entsprechend der tatsächlichen Stundenzahl der Lehrperson berechnet.

Pensionäre zahlen 50 % des monatlichen Beitragssatzes, was die Mitgliedschaft im Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen (BRH) im Deutschen Beamtenbund mit allen Rechten beinhaltet – Beratung in Fragen des Beamten-, Versorgungs- und Beihilferechts, Rechtsschutz und Bezug der Zeitschrift „Aktiv im Ruhestand“ an die Privatadresse.

Der Verbandsbeitrag kann als Werbungskosten vom steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden. Als Beleg gilt der Abbuchungsausdruck auf dem Kontoauszug.

Versicherungsrechtliche Voraussetzungen für Schulveranstaltungen

(hk) Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts wie Klassenfahrten, gemeinsame Theaterbesuche und Besichtigungen sind wichtige Bestandteile des schulischen Lebens. Bei einer Schulveranstaltung sind die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler durch die Unfallkasse Rheinland-Pfalz versichert.

Dazu müssen jedoch bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Eine grundsätzliche Voraussetzung für die Genehmigung als „Schulveranstaltung“ ist, dass die Veranstaltung Bezug zu den Aufgaben der Schule bei Erziehung und Bildung hat.

Zudem muss die Veranstaltung im „organisatorischen Verantwortungsbereich“ der Schule stattfinden, die Schule muss also Einfluss auf Inhalt und Form der Veranstaltung haben.

Darüber hinaus muss die Schule die Aufsicht über die Veranstaltung gewährleisten. Versichert sind alle Tätigkeiten der Schülerinnen und Schüler, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Veranstaltung stehen.

Die Unfallkasse Rheinland-Pfalz bietet auf www.ukrlp.de weitere Informationen zum Versicherungsschutz bei Schulveranstaltungen.

Schulstart

Mitteilungen des MBWWK zum Schuljahresbeginn

(hk) Pünktlich zum Schuljahresbeginn veröffentlichte das MBWWK eine umfangreiche und sehr informative Pressemitteilung, die auf der Webseite des Ministeriums in voller Länge nachgelesen werden kann. Insbesondere der Anhang enthält komprimiert wichtige und interessante Informationen zu aktuellen Daten der Schulen in Rheinland-Pfalz.

Hier sind einige Informationen, die die berufsbildenden Schulen betreffen:

„Der Rückgang bei den Schülerzahlen fällt nicht so deutlich aus, wie auf Basis der letzten Bevölkerungsvorausberechnung prognostiziert.“, sagte Ministerin Doris Ahnen in der Pressemitteilung. Statt bei ca. 10.900 Schülerinnen und Schülern liege er nach den vorläufigen Zahlen für das Schuljahr 2014 / 2015 landesweit bei rund 6.600 Schülerinnen und Schülern. Die Zahl der einzuschulenden Kinder steige sogar um mehr als 1.200 im Vergleich zum vergangenen Schuljahr. „Wir haben auf diese Entwicklung reagiert und für das laufende Schuljahr 250 Vollzeitstellen mehr im System als ursprünglich vorgesehen“, erklärte Ministerin Ahnen.

Vor allem an den berufsbildenden Schulen – mit ihrem doppelt so hohen Unterrichtsausfall im Vergleich zu den allgemein bildenden Schulen – sollen bis 1. November weitere Lehrkräfte eingestellt werden. Bei den berufsbildenden Schulen wurden 122.800 Schülerinnen und Schüler prognostiziert (wie alle Berufsbildner wissen, sind die Zahlen noch nicht stabil). Dies wäre ein Rückgang von etwa 1.000 im Vergleich zum Schülerstand im Vorjahr (123.859).

Die **Berufsfachschulen I und II** wurden neu geordnet, die Verordnung steht im Amtsblatt 8-2014. Der Übergang in eine duale Berufsausbildung soll für die Schülerinnen und Schüler durch eine intensivere Verzahnung von berufsbezogenem und berufsübergreifendem Lernen in der Schule mit fachpraktischem Lernen im Betriebspraktikum (im 2. Halbjahr) erleichtert werden. Die Berufsfachschule I wird in vier Fachrichtungen angeboten:

- Ernährung und Hauswirtschaft / Sozialwesen

- Gesundheit und Pflege
- Gewerbe und Technik
- Wirtschaft und Verwaltung.

Die Stundenzuweisung für die Berufsfachschule I soll eine **Schülerzahl von höchstens 20** zur Regel machen, so das MBWWK.

Der Weg zu Eigenverantwortung und mehr Handlungsmöglichkeiten für Schulen sei bei den berufsbildenden Schulen besonders weit fortgeschritten, so die Ministerin. Der Erfolg des BBS-Schulversuchs EQuL (Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und veränderte Lehr- und Lernkultur) habe das Ministerium dazu bewogen, den Kreis der berufsbildenden Schulen (bisher elf) um weitere sieben BBS zu erweitern, die „im pädagogischen Bereich, bei ihrer internen Organisation, bei der Personalauswahl und bei ihren Finanzen mehr eigenverantwortlich regeln könnten“, verkündete Ministerin Ahnen.

Im darauffolgenden Schuljahr 2015 / 2016 sollen weitere acht BBS dazukommen. (Ein vergleichbarer Schulversuch „Mehr Selbstverantwortung für rheinland-pfälzische Schulen“ startet in diesem Schuljahr an den allgemein bildenden Schulen.) Diejenigen berufsbildenden Schulen, die nicht an EQuL teilnehmen, erhalten die Möglichkeit, über eigene Budgets von maximal 1.500 Euro Weiterbildungen für Lehrkräfte und Schulleitungen zu finanzieren.

„Die schuleigenen Fortbildungsbudgets sorgen dafür, dass dieses Engagement vor Ort mit passgenauen Angeboten noch besser befriedigt werden kann. Und ich bin sicher, dass diese Angebote auch stark genutzt werden“, sagte Ministerin Ahnen und betonte, dass die Lehrerweiterbildung bei der Qualitätsentwicklung von Schule von großer Bedeutung sei.

Die Qualitätsentwicklung von Schulen soll das Internet-Portal „**Interne Evaluation in Schulen (InES)**“ unterstützen. InES wurde vom Pädagogischen Landesinstitut (PL) gemeinsam mit der Schulaufsicht bei der ADD und AQS erstellt und bie-

tet viele Informationen zur Qualitätsentwicklung an Schulen.

Es gibt fünf neue **Bildungsgänge** an BBS:

- BBS Bad Dürkheim – Fachschule für Altenpflege
- BBS Simmern – Fachschule Sozialwesen und Fachschule Maschinenteknik
- BBS Westerburg – Fachschule Sozialwesen
- BBS Gerolstein – Berufliches Gymnasium, Fachrichtung: Technik.

Darüber hinaus wird es fünf neue **Fachoberschulen (FOS)** an Realschulen plus geben. Dies erhöht die Zahl der FOS auf insgesamt 30 mit einer – prognostizierten – Schülerzahl von 2.000 (vgl. vlbs-aktuell 8-2013, S. 47).

Die bundesweit einheitlich geltenden **Bildungsstandards** für die allgemeine Hochschulreife werden für den Unterricht in der gymnasialen Oberstufe verbindlich eingeführt und beim Abitur 2017 erstmals abgeprüft werden.

Neben Bestimmungen zur Inklusion, insbesondere der Stärkung des Wahlrechts der Eltern, enthält die **Novellierung des Schulgesetzes** auch eine Stärkung des Schulausschusses, dessen Aufgaben ausgeweitet werden. Der Schulausschuss wird in Zukunft von allen Gruppen (Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften) paritätisch besetzt sein. Die Mitglieder des Schulausschusses erhalten das volle Stimmrecht in der Gesamtkonferenz.

Bei den berufsbildenden Schulen nehmen mittlerweile ca. 59 % der Schülerinnen und Schüler an der **Schulbuchausleihe** teil (bei den allgemein bildenden Schulen beträgt der Anteil in der Sekundarstufe II ca. 40 %). Teilnahmeberechtigt sind an den berufsbildenden Schulen die Schülerinnen und Schüler der Wahlschulbildungsgänge (Berufliche Gymnasien, Fachoberschulen, Berufsfachschulen, dreijährige Berufsfachschulen, höhere Berufsfachschulen und Berufsoberschulen). Für Teilnehmende mit niedrigem Einkommen ist die Schulbuchausleihe kostenlos, die anderen zahlen etwa ein Drittel des regulären Kaufpreises für die ausgeliehenen Bücher.

IN KÜRZE

(Rainer Senck) Unterstützen Vorgesetzte ihre Mitarbeiter, so wirkt sich das positiv auf deren Gesundheit aus. Dies verdeutlicht das neunte Factsheet zur BIBB / BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 mit dem Titel „Unterstützung durch Vorgesetzte – Dreifach wichtig, einfach unterschätzt“. Gute Führung erweist sich dabei als Ressource, wenn die Arbeitsaufgaben wegen ihrer Menge oder anderer Probleme nicht bewältigt werden können. Doch laut Stressreport 2012 der BAuA hat Deutschland im europäischen Vergleich einen deutlichen Nachholbedarf, was die Unterstützung durch Vorgesetzte angeht.

(Quelle: PR Info 9/2014)

Neue Website für Klassenfahrten

(klassenfahrten-vergleich.de). Die Website hilft beim schnellen Einholen mehrerer Vergleichsangebote für die nächste Klassenfahrt und sorgt so für Zeitersparnis für Lehrkräfte und Schülerinnen sowie Schüler. Und für jede Buchung gibt es 100 Euro Dankeschön für einen guten Zweck an den Schulförderverein. Und so funktioniert's: Auf klassenfahrten-vergleich.de einfach die gewünschten Rahmenbedingungen der nächsten Klassenfahrt – im Wesentlichen Datum, Zielort, Gruppengröße – angeben. Innerhalb weniger Tage gibt jeder der angefragten Veranstalter ein speziell auf die Anfrage zugeschnittenes Angebot ab.

(Quelle: TeacherNews Nr. 34, 2014)

Kostenloses Online-Seminar zum Thema: MACHT ARBEIT KRANK?

In den Medien wird immer wieder berichtet, dass uns Arbeit krank macht. Die Ursachen dafür können vielfältig sein. Dabei sind nicht nur die Mitarbeiter in Unternehmen gefährdet, vor allem auch im öffentlichen Dienst sind Langzeiterkrankungen und Dienstaussfälle ein zunehmendes Problem. Zu diesem Thema wird nun ein kostenloses Online-Seminar für Personalräte angeboten. Interessierte können sich per E-Mail unter webinar_personalrat@weka.de verbindlich für dieses kostenlose Online-Seminar anmelden.

(Quelle: PR Info 9/2014).

OECD-Bildungsbericht: „Bildung auf einen Blick“ Tertiärer Bereich: Berufliche und akademische Bildung

(hk) Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat wieder einmal einen viel beachteten Bildungsbericht veröffentlicht und Anfang September gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgestellt.

„Der Erfolg unseres Bildungssystems resultiert auch daraus, dass den jungen Menschen mit Hochschulabschluss und beruflicher Bildung zwei gleichwertige Alternativen zur Verfügung stehen. Beide bieten optimale Möglichkeiten für die berufliche Zukunft.“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka bei der Präsentation.

Trotzdem wurden erwartungsgemäß im tertiären Bereich – wieder einmal – die deutschen Verhältnisse kritisiert. Über einen Tertiärabschluss (Abschlüsse der Hochschule, Fachhochschule, Fachschule und Meisterbriefe) verfügen laut OECD in Deutschland nur 28 % der 25- bis 64-Jährigen, während dies im Durchschnitt der OECD-Staaten 33 % seien.

Der Anteil derjenigen, die wenigstens einen Sekundarabschluss II erreicht haben, liegt mit 86 % über dem OECD-Durchschnitt (75 %).

In allen OECD-Staaten außer in Deutschland, Israel und den USA haben die jungen Menschen (25- bis 34-Jährige) einen deutlich (ca. 15 % mehr) höheren, formalen Bildungsabschluss als die älteren (55- bis 64-Jährige).

Dies zeige, dass in Deutschland der Bildungsaufstieg weniger Menschen gelinge als in anderen Ländern. Dies sei insbesondere bedenklich, weil sich die soziale Kluft zwischen gut und weniger gut ausgebildeten Menschen erheblich vertieft habe, sagt die OECD.

So liege das Risiko, arbeitslos zu werden, bei gering qualifizierten Menschen (ohne Abitur und ohne Berufsausbildung) bei 12,8 %, mit einem Abschluss aus dem Sekundarbereich II liegt das Risiko bei 5,3 %,

mit einem Abschluss aus dem tertiären Bereich nur noch bei 2,4 %.

Ebenfalls erwartungsgemäß kritisierten die Spitzenvertreter von Handwerk und Industrie und Handel die Interpretation der Ergebnisse durch die OECD.

Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), warf der OECD vor, sie anerkenne nicht die Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung in Deutschland. Die OECD erweise den Jugendlichen einen „Bärendienst“, wenn sie einseitig die akademische Bildung propagiere.

Die hohe Zahl an Studienabbrechern zeige, dass Jugendliche eine bessere Berufsorientierung bräuchten. Hier seien besonders die Gymnasien in der Pflicht, die immer noch zu einseitig auf ein Studium ausgerichtet seien. Deutschland brauche ein ausgewogenes Verhältnis von akademisch und beruflich gebildeten Fachkräften.

Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), forderte von der OECD, endlich anzuerkennen, dass in Deutschland die berufliche und die akademische Bildung gleichwertige Systeme seien. Die OECD-Statistiken würden wieder einmal überhaupt nicht das „vielschichtige deutsche Bildungssystem“ abbilden. Auch er kritisierte, dass Gymnasien die jungen Menschen nicht nur in Richtung Studium schicken dürften. Der Wirtschaftsstandort Deutschland könne sich nicht erlauben, junge Menschen einseitig zu beraten und in eine „universitäre Sackgasse laufen zu lassen“.



Nationaler Bildungsbericht kritisiert Ausbildungspolitik der Unternehmen

(hk) Der Fachkräftemangel in vielen Berufen sei „weitgehend hausgemacht“, kritisiert der 5. Nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2014“.

Der Nationale Bildungsbericht soll eine umfassende Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems liefern und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Kultusministerkonferenz (KMK) gefördert. Teile des 5. Nationalen Bildungsberichtes bzw. der gesamte Bericht können heruntergeladen werden unter <http://www.bildungsbericht.de/>.

Erstellt wird der Bericht, der erstmals 2006 veröffentlicht wurde, von einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Darüber hinaus sind das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI), das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW), das Soziologische Forschungsinstitut e.V. an der Universität Göttingen (SOFI) und die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder am Nationalen Bildungsbericht beteiligt.

Das System der betrieblichen Berufsausbildung sei mit ca. 500.000 Neuzugängen „auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren gefallen“, bemerkten die Autoren des Berichts.

Die Probleme lägen aber eher auf der Angebots- als auf der Nachfrage-seite. Gerade in den „industriellen Kernberufen Metall, Technik und Elektro“ ebenso wie in den Gesundheits- und Pflegeberufen würden seit vielen Jahren zu wenig Ausbildungsplätze angeboten. Hier gebe es ca. 14 % mehr Bewerberinnen und Bewerber als angebotene Ausbildungsplätze.

Ein Überangebot an Lehrstellen dagegen fände man vor allem in drei Bereichen: dem Lebensmittelhandwerk (Fleischer, Bäcker, Konditoren und die entsprechenden Fachverkäuferinnen), bei den Köchen und im Gaststättengewerbe. Insgesamt bilden nur noch 21,3 % der Betriebe aus.

Zwar wären ca. 33.500 Lehrstellen im Vorjahr unbesetzt geblieben, aber angesichts der 250.000 Schulabgänger, die immer noch in den Übergangssystemen untergebracht werden würden, und angesichts der

ca. 84.000 unversorgten Bewerberinnen und Bewerber würden bei der Endbilanz mindestens 50.000 Ausbildungsplatzangebote fehlen.

Der Anteil der Menschen in Deutschland, die keinen Berufsabschluss haben, steigt: Bei den 30- bis 35-Jährigen beträgt er 17 %, bei den älteren Menschen (den 60- bis 65-Jährigen) liegt der Anteil noch bei 11 %.

Während die Zahl der schlecht qualifizierten Personen steigt, werden in dem Bereich der Niedrigqualifizierten die Arbeitsangebote immer weniger.

Andererseits steigt auch der Anteil derjenigen, die einen höheren Bildungsabschluss haben: Bei den 25- bis 30-Jährigen haben ca. 43 % die Hochschulreife, bei den 60- bis 65-Jährigen sind dies nur 22 %.

Angesichts der demografischen Entwicklung erwarten die Autoren Nachwuchsprobleme vor allem auf der „mittleren Qualifikationsebene“, z.B. bei qualifizierten Facharbeitern, bei Fachschul- und Fachhochschulabsolventen. Deswegen sei es unbedingt notwendig, dass die Unternehmen eine „zukunftsorientierte Ausbildungspolitik“ entwickeln würden.

Bilanz gezogen:

Was hat die Kompetenzorientierung gebracht?

(hk) Auf Einladung der Cornelsen Stiftung Lehren und Lernen diskutierten in Berlin Professor Dr. Olaf Köller, Christian-Albrecht-Universität Kiel, und Professor Dr. Hans Peter Klein, Goethe-Universität Frankfurt, darüber, inwieweit die Kompetenzorientierung zu den Leistungsverbesserungen der 15-Jährigen bei der aktuellen PISA-Studie 2012 beigetragen hat.

Beide Professoren waren der Meinung, dass die Kompetenzorientierung ein „durchaus guter Gedanke“ sei, der aber teilweise falsch umgesetzt wurde.

Professor Köller zeigte sich skeptisch, dass die Kompetenzorientierung im Unterricht flächendeckend angekommen sei.

Professor Klein kritisierte, dass die Fixierung auf Kompetenzen zu einer Vernachlässigung der **Fachwissenschaften** geführt hätte, obwohl ursprünglich die Kompetenzorientierung auf der Basis von Fachwissen erfolgen sollte. Wenn in einigen Bundesländern beim neu eingeführten Abiturfach „Präsentation“ bei einer Benotung die Präsentation stärker als das Fachwissen berücksichtigt werde, führe dies zu einer Nivellierung der Ansprüche. Auch Professor Köller fand, dies habe mit Kompetenzorientierung nichts zu tun, sondern sei eine systematische Strategie, um „möglichst viele Schüler mit aller Gewalt über die Latte zu heben“ (Quelle: www.stiftung-lehren-lernen.de/cslul/).

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org

Vorsitzender: Ulrich Brenken, Rheingauer Straße 8, 55122 Mainz, Telefon 06131-41818, Fax 06131-41817, Ulrich.Brenken@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Hildegard Küper, Albertstraße 27, 67655 Kaiserslautern, Telefon 0631/8905 9925, Hildegard.Kueper@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.